

22. DEZ.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/288 - 22. Dezember 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|-----|
| 1 - 3 | <u>Mit Vertrauen und Zuversicht ins Neue Jahr</u>
Von Erich Ollenhauer, MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
(Sperrfrist bis Donnerstag, 28. Dezember 1961, 24.00 Uhr) | 125 |
| 4 | <u>Neutralität ist kein bequemes Ruhekitchen</u>
Die Schweiz und die Europäische
Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
Von Bruno Kuster, Genf | 52 |
| 5 | <u>Fritz Sängler - Publizist und Politiker</u>
Zu seinem 60. Geburtstag am 24. Dezember 1961 | 44 |
| 6 | <u>Glosse: "Bei Margot Bende zu Gast"</u> | 19 |
| 6a | <u>Wilhelm Käber - 65 Jahre</u>
Hervorragender Landespolitiker
in Schleswig-Holstein | 26 |
| 7 - 8 | <u>Was wird aus Albanien?</u>
Kleine Karte im grossen Spiel um das Mittelmeer
Von Dr. Basil Matkipoulos | 82 |

* * *

Zur Beachtung:

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint am Mittwoch,
den 27. Dezember 1961. Die Redaktion,

Sperrfrist bis Donnerstag,
28. Dezember 1961, 24.00 Uhr

Mit Vertrauen und Zuversicht ins neue Jahr

Von Erich Ollenhausen, MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Ziel der deutschen Politik im Jahr 1962 bleibt unverändert: Den Frieden erhalten, die Freiheit Berlins zu sichern, die Hoffnung unserer Landsleute in der Zone auf eine Wiedervereinigung in Freiheit nicht untergehen zu lassen und den Ausbau der Bundesrepublik zu einer gesicherten demokratischen und sozialen Gemeinschaft für alle seine Bürger fortzusetzen.

Jede dieser Aufgaben steht am Beginn des neuen Jahres unter stärksten Belastungen. Die sowjetischen Bedrohungen erfordern eine wachsame und effektive Politik des Westens zur Erhaltung und Stärkung seiner Verteidigungskraft. Die Bundesrepublik soll dazu den geeigneten und zweckmäßigen Beitrag leisten. Wir Sozialdemokraten werden die Vorschläge und Gesetzentwürfe der Regierung auf diesem Gebiet sachlich prüfen.

Wohlverstandene Sicherheitspolitik

Die andere Seite einer wohlverstandenen Sicherheitspolitik ist die Förderung aller Bestrebungen für eine internationale Entspannung und eine international kontrollierte Abrüstung. Nur die allgemeine, international kontrollierte Abrüstung kann eine wirkliche und dauerhafte Sicherung des Friedens erreichen.

* Die Bereitschaft der Bundesregierung, internationale Abkom- *
* men für die Abrüstung anzuerkennen, genügt nicht. Sie muss *
* selbst aktiv an allen diesen Bestrebungen teilnehmen. Das *
* Drängen auf Erweiterung der atomaren Rüstung ist eine Bela- *
* stung und nicht eine Förderung dieser Bemühungen. Es ist *
* ausserdem geeignet, den Sowjets den Vorwand für eine anti- *
* deutsche Propagandaaktion zu geben und auch sonst in der *
* Welt Misstrauen gegen die Absichten der Bundesrepublik zu *
* wecken. Die Erhaltung des Vertrauens unter den westlichen *
* Verbündeten und ihres Vertrauens zur Bundesrepublik ist *
* aber eine Grundvoraussetzung für eine gemeinsame westli- *
* che Politik. *

Nur auf der Basis eines uneingeschränkten Vertrauens ist auch eine dauerhafte Sicherung der Freiheit und Lebensrechte für Berlin zu erreichen. Wenn wir von unseren Partnern erwarten, dass sie eine Politik treiben, die die Beseitigung der Mauer anstrebt, Freiheit und Lebens-

möglichkeiten der West-Berliner zu sichern und den Weg frei zu machen, um wenigstens zunächst ein Mindestmaß von menschlichen Beziehungen zwischen uns und unseren Landsleuten in Ost-Berlin und in der Zone wiederherzustellen, wenn wir erwarten, dass sie es mit der äußersten Entschlossenheit tun, dann müssen sie die Überzeugung haben, dass sie uns als Partner voll vertrauen können.

Es gibt keine Lösung mit Gewalt

Der Weg zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands wird lang und beschwerlich sein. Es gibt keine Lösung mit Gewalt. Wir wollen sie nicht, und niemand kann sie wollen. Dann ist die Frage ihrer Lösung eine Frage der politischen und moralischen Kraft unserer Argumente. Wir müssen für die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk die Unterstützung der Völker der Welt gewinnen. Unter dem Druck einer unwiderstehlichen öffentlichen Meinung der Welt müssen die Machthaber des Kreml gezwungen werden, der Forderung nach Selbstbestimmung auch in dem von ihnen besetzten Teil Deutschlands Raum zu geben.

Gerüstet sein für ernste Belastungen!

Das Gewicht unserer Forderung wird weitgehend abhängen von der Art und Weise, wie wir im freien Deutschland, in der Bundesrepublik Deutschland, unsere eigene innere Ordnung gestalten. Man kann nicht nach außen Prinzipien vertreten und die Forderung nach einer freiheitlichen, demokratischen und sozialen Ordnung für andere Völker erheben, wenn man diese Grundsätze nicht auch und zuerst im eigenen Lande zur Anerkennung bringt.

Wir alle sind glücklich, in der Bundesrepublik Deutschland und nicht unter der Diktatur Ulbrichts zu leben. Wir wollen die Erhaltung der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung in unserem Teil Deutschlands, aber wir haben keinen Anlass zur Selbstzufriedenheit und zur Selbstgefälligkeit. Die Art und Weise, wie nach dem 17. September die neue Koalition gegen die Sozialdemokratie erstrebt und schliesslich gebildet wurde, stand in schreiendem Widerspruch zu den nationalen Notwendigkeiten unseres Volkes. Das neue Jahr wird ein Jahr der Prüfung für den Geist und den politischen Willen dieser Regierung sein. Wir müssen gerüstet sein für ernste Belastungen unseres Volkes. Es kann in dieser gespannten internationalen Situation einen Notstand geben, auf den sich jede verantwortungsbewusste Regierung vorbereiten muss. Wir sind bereit, ihre Vorschläge gewissenhaft und sachlich zu prüfen, aber eine solche Werturteilung darf nicht basieren auf dem Misstrauen gegen breite

Schichten unseres Volkes. Sie muss begründet sein auf dem Vertrauen aller demokratisch gesinnten Schichten unseres Volkes - ob in der Regierung oder in der Opposition -, dass jede Notregelung nur dem Ziel diene, die freiheitliche und rechtsstaatliche Ordnung unseres Landes nach aussen und in Innern zu sichern und nicht, sie zu schwächen oder zu untergraben. Ohne dieses Vertrauen des ganzen Volkes wird die Bundesrepublik einen Notstand nicht bestehen.

Opfer? - Aber gerecht verteilt!

Man spricht von Opfern. Die Erhaltung und die Verteidigung der Freiheit erfordert Opfer. Das braucht man Sozialdemokraten nicht zu sagen! Jedes notwendige Opfer ist erträglich, wenn es gerecht verteilt wird und wenn die stärksten Schultern die stärksten Lasten tragen.

- * Eine Mahrung an die Arbeitnehmer, mit Lohn- und Gehaltsforderungen Maß zu halten, ist ein Hohepunkt angesichts der bisherigen ungerechten Verteilung des Ertrages unseres wirtschaftlichen Aufstieges zugunsten des Grossbesitzes und angesichts der Tatsache, dass wir von der Erfüllung der Grundideen unserer Verfassung, ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat sein zu wollen, noch weit entfernt sind.

In der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die nicht nur in der gegenwärtigen Krise in Berlin ihren Ausdruck findet, sondern die das Leben und die Zukunft der freien Völker in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entscheidend beeinflussen wird, ist die Behauptung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung nicht ausreichend. Wir müssen uns gegenüber dem totalen Angriff des Kommunismus auf geistigen, politischen und sozialen Gebiet nach vorn verteidigen. Die freie Welt und damit auch unser Volk werden diese Auseinandersetzung nur dann erfolgreich bestehen, wenn unsere Demokratie zu einer wahren Heimstätte, zu einer Ordnung ohne Furcht und Not für alle seine Bürger wird. Hier liegt die wirkliche Aufgabe unserer Zeit; auf ihre Bewältigung müssen wir auch im neuen Jahr unsere ganze Kraft konzentrieren.

In Übereinstimmung mit den Lebensinteressen unseres Volkes

In diesem Geist und mit diesen Vorstellungen gehen wir in das neue Jahr. Es gibt keinen Anlass zu einem billigen Optimismus. Aber es gibt auch keinen Anlass zur Hoffnungslosigkeit. Wir haben in letztem Jahr unsere Position verstärkt. Die Sozialdemokraten sind die Sieger des 17. September. Wir werden unseren Aufstieg im neuen Jahr fortsetzen, und es wird sich noch deutlicher herausstellen, dass man in der Bundesrepublik ohne und gegen die Sozialdemokraten, ohne und gegen 11,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger nicht regieren kann, wenn man Freiheit und Demokratie erhalten und festigen und die ausserpolitische Krise ohne die Katastrophe eines atomaren Krieges meistern will.

Was uns aber vor allem trägt, ist nicht nur die wachsende Zahl unserer Anhänger und Freunde, sondern die Überzeugung, dass die politischen Ideen und Vorstellungen, die uns leiten und tragen, in Übereinstimmung sind mit dem nationalen Lebensinteresse unseres ganzen Volkes und mit den Wünschen und Hoffnungen aller Menschen und aller Völker, in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit leben zu wollen.

Neutralität ist kein bequemes Ruhekitzen

Von Bruno Kuster, Genf

Mit der Überreichung des schweizerischen Gesuches um Aufnahme von Verhandlungen über die Mitwirkung der Schweiz an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, ohne ihr indessen als Vollmitglied beizutreten, hat die Schweiz seit den Dreißigerjahren zum ersten Male wieder vor der Staatengemeinschaft das Problem ihrer staatspolitischen Neutralität zur Diskussion gestellt. Natürlich wirft die Assoziation der Schweiz mit der EWG auch besondere wirtschaftliche Fragen auf, die einer eingehenden Prüfung rufen. Aber im Vordergrund steht die eigenartige völkerrechtliche Stellung der Eidgenossenschaft, die gleichzeitig die Grundlage ihrer staatlichen Existenz schlechthin geworden ist. Darum betont denn auch die schweizerische Regierung in ihrem Schreiben an den Präsidenten des Ministerrates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Professor Ludwig Erhard, ihr Bestreben, "eine Regelung zu finden, die mit der vollen Aufrechterhaltung ihrer ständigen Neutralität vereinbar ist". Diese Regelung kann ihrer Ansicht nach in der Assoziation gemäß Artikel 238 des Römer Vertrages gefunden werden.

Wenn die Schweiz - zusammen mit Österreich und Schweden - um Verständnis für ihre traditionelle Außenpolitik wirbt, so bringt sie jedoch gleichzeitig auch zum Ausdruck, daß sie durch ihre Teilnahme am Gemeinsamen Markt in keiner Weise dessen "Integrität" antasten, das heißt die Verwirklichung seiner politischen Zielsetzungen erschweren will. Und darum dürfte sich die Assoziationsformel, die sich auf die wirtschaftlichen Aspekte beschränkt, für beide Seiten als vorteilhaft erweisen.

In der Schweiz selbst ist die staatspolitische Neutralität als die für den Kleinstaat im Herzen Europas einzig mögliche Außenpolitik überhaupt kein Gegenstand der Diskussion oder gar der Auseinandersetzung, sondern höchstens ein solcher der Besinnung. Sie ist ganz einfach selbstverständlich. Doch hat der schweizerische Außenminister, Bundesrat F.E. Wahlen, erst kürzlich darauf hingewiesen, "daß uns die Neutralität nicht etwa ein bequemes Ruhekitzen bedeutet". Auch "ist es sicher keine Anmaßung, wenn ich unsere Neutralität als ein Instrument des Friedens bezeichne, dem allgemeine Bedeutung zukommt" und das "unter den verschiedensten Gesichtspunkten auch der Welt dient."

Diese eindeutige Stellungnahme, die mit der Auffassung der ganzen schweizerischen Bevölkerung in Einklang steht, war eine indirekte Antwort auf Ansichten gewisser EWG-Kreise, wonach die Schweiz im Interesse des werdenden Europa auf ihren "alten Topf" verzichten sollte. Gewiß, die Geschichte der schweizerischen Neutralität ist sehr alt, aber es wäre nicht allein für die Schweiz ein Unglück, wenn man sie dafür bestrafen wollte, daß sie gestern, heute und morgen den sicher nicht veralteten Gedanken der weltweiten, menschlichen Solidarität zu verkörpern bestrebt ist.

Wie der jüngste außenpolitische Schritt der Schweiz beweist, wünscht sie nach Maßgabe ihrer Kräfte an der großen Aufgabe des europäischen Zusammenschlusses mitzuwirken und vertraut darauf, bei ihren Nachbarn für ihre geschichtlich gewordene Eigenart Verständnis zu finden. "Die schweizerische Regierung, im Bewußtsein der hohen Bedeutung, die der Verwirklichung der wirtschaftlichen Integration Europas zukommt, vertraut darauf, daß die beauftragten Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt werden", heißt es in ihrem Assoziationsgesuch. Damit hat ein neues Kapitel schweizerischer Geschichte begonnen.

Fritz Sänger - Publizist und Politiker

Zu seinem 60. Geburtstag am 24. Dezember 1961

sp - Es wird dem bescheidenen Fritz Sänger sicher nicht recht sein, wenn man ihm öffentlich zum 60. Geburtstag gratuliert. Wir tun es trotzdem: einmal, weil ihm niemand seine 60 Jahre glaubt, und dann, weil er nach dem zweiten Weltkrieg Chefredakteur unseres Sozialdemokratischen Pressedienstes war.

Aber nicht nur deswegen. Fritz Sänger ist einer von den wenigen Politikern in der Bundesrepublik, die, von der Publizistik kommend, ihr großes Können auch in den Dienst des politischen Tageskampfes gestellt haben. Sein verbindliches Wesen ließ ihm viele Freunde gewinnen. Das können andere Politiker vielleicht auch vor sich sagen, aber Fritz Sänger kann sicher sein, daß er an seinen 60. Geburtstag die Gratulationen und den Dank der jungen Nachkriegsgeneration des deutschen Journalismus entgegennehmer wird. Als langjähriger Chefredakteur der Deutschen Presseagentur hat Fritz Sänger buchstäblich aus dem Nichts in zehn Jahren harter Arbeit jenen das handwerkliche und geistige Rüstzeug mit auf den Weg gegeben, die nach der Hitler-Diktatur der Mut hatten, am Wiederaufbau des deutschen Journalismus mitzuarbeiten. Fritz Sänger hat nie viel Aufhebens von dieser seiner Führungsleistung in der deutschen Publizistik gemacht. Im Gegenteil, wenn man mit ihm darüber spricht, wird er meist verlegen und lenkt auf ein anderes Thema ab.

Hier zeigt sich die Größe dieses Mannes, der zu den Bescheidenen unserer Zeit gehört, der von Schöpferden zum Lehrenden wurde und dessen Lebenswerk in der ihm von allen Seiten entgegengebrachten Anerkennung und Dankbarkeit seinen Ausdruck findet.

So ganz entfernt hat sich Fritz Sänger von seiner ursprünglich gewählten Lebensaufgabe nicht. Er wollte Lehrer werden, widmete sich aber nach Abschluß seines Studiums dem Dienst im Preussischen Lehrerverein, dessen Geschäftsführer und Redakteur der Verbandszeitung er 1927 wurde. Schlecht und recht schlug sich Fritz Sänger während der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus als freier Journalist durch, er wirkte mit Umsicht in der Reihen der sozialdemokratischen Widerstandsbewegung und stellte sich sofort nach Kriegsende Kurt Schumacher beim Aufbau der Partei und der sozialdemokratischen Presse zur Verfügung. In diesem Jahre wurde Fritz Sänger im Schleswig-Holstein, wo der gebürtige Stettiner seine neue Heimat gefunden hat, in den Bundestag gewählt.

Wir wünschen dem 60-Jährigen ein noch langes, tatkräftiges und erfolgreiches Leben im Dienst unserer gemeinsamen Aufgabe, der deutschen Demokratie.

G l o s s e :"Bei Margot Mende zu Gast"

rt - "In den mit viel Liebe weihnachtlich geschmückten Räumen am Stadtwald in Godesberg trafen sich also zu heiteren Gesprächen die "jungen Gattinnen" der Minister mit den Damen des Diplomatischen Corps, und den Gattinnen der Politiker und Wirtschaftler, die auf dem Bonner Parkett häufig zu sehen sind".

Dieser Satz, den wir einschließlich der Gänsefüßchen bei den "jungen Gattinnen" wortwörtlich wiedergeben, ist im Vorspruch zu einer Bildreportage zu finden, die unter dem tändelnden Titel "Bei Margot Mende zu Gast" von einer vierzehntäglichen in Wiesbaden unter dem Titel "Das neue Journal" erscheinenden Zeitschrift publiziert wurde, die sich der freundlichen Förderung durch das Bonner Regierungspressesamt erfreut. Mit dieser Bild-Reportage und einem ganzseitigen Heldenepos "Mende, Mann mit Nerven" zeigte das "Das neue Journal" an, daß nun auch die FDP über eine freundlicher Weise geförderte Zeitschrift verfügt, sogar über ein sogenanntes "Magazin", das über "Politik - Wirtschaft - Kultur" mit viel Bildern und viel deutlicher Tendenz den Weg der Bonner Bundesregierung nun schon im zehnten Jahre zu begleiten weiß.

Das Heldenepos über Dr. Erich Mende, genannt "Mann mit Nerven", soll, reichlich posthum, nachweisen, daß der FDP-Bundesvorsitzende im Ringen um die Neubildung der Bonner Regierung keineswegs "umgefallen" ist, sondern vielmehr vor ihm der CSU-Vorsitzende, Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß, der dem "FDP-Boß" damit offensichtlich den Weg zu Adenauer geebnet hatte. So war das also, und mindestens ebenso lustig ist die zweiseitige Bildreportage über den vorweihnachtlichen Empfang in den "Räumen am Stadtwald in Godesberg" - "chez Margot" sozusagen.

Da sieht man, unter schwungvoller Schönschreiberbeschriftung, zu mehreren Malen Frau Margot sowie "Vater und Sohn Mende" und die "Tochter des Hauses" mit Knicks und Bonbons, von denen Frau Starke, die "debütierende Gattin" des Bundesfinanzministers eben eins bekommt. Außerdem sind zu sehen Frau Strauß, "die eheliche Gefährtin des Bundesverteidigungsministers" (man gönne, bitte sehr, die Kuanoen in der zärtlichen Ausdruckweise), man sieht Frau von Braun, "die rührige Protokollhefegattin" (sollte nicht eher der Protokollchef der "rührige" Teil der Familie sein?), und dann als Glen von Ganzen "Diplomatie und Wirtschaft", wobei "von links nach rechts plaudern"; die Gattin des argentinischen Botschafters, weiter "Frau Berg (Bundesverband der Deutschen Industrie)" und "Frau Smirnow, die Frau des russischen Botschafters", Frau Smirnow, die ein anderes Bild beim lächelnden Händeschütteln mit Missis Dowling, der Gattin des US-Botschafters, zeigt, hat als Frau des "russischen" Botschafters zweifelsohne den intimen Kontakt mit dem ("Bundesverband der Deutschen Industrie"), vertreten durch Frau Berg, sehr zu schätzen gewußt.

Das also ist Bonn, das "Bonner Parkett" natürlich, und ganz Bonn ist auf die Fortsetzungsberichte in Wort und Bild aus dem Hause Mende gespannt, oder vielmehr - oh pardon! - aus den "Räumen am Stadtwald in Godesberg", der Heim des "Mannes mit Nerven", die er, so schließt sein Heldenepos, "in den nächsten vier Jahren der Koalitionszusammenarbeit auch bitter nötig haben wird".

Wilhelm Käber - 65 Jahre

Hervorragender Landespolitiker in Schleswig-Holstein

A.K. - Am 27. Dezember wird der Oppositionsführer im Lande Schleswig-Holstein, Wilhelm Käber, 65 Jahre alt.

Der Sozialdemokrat Käber hat es in besonderer Weise verstanden, seiner politischen Stellung, welche in dieser Hervorhebung die einzige Ausnahme in den Ländern der Bundesrepublik ist, ein sehr spürbares Gewicht zu geben und das Beispiel der Möglichkeit einer konstruktiven Mitarbeit zu zeigen.

Dem Landtag von Schleswig-Holstein gehört Käber seit 1947 ununterbrochen an. Sein besonderes Interesse gehört der Innen- und Landespolitik und nicht zuletzt auch der Förderung eines freundschaftlichen Verhältnisses zum benachbarten Dänemark.

Im Jahre 1947 wurde Käber im Kabinett Lüdemann Innenminister des Landes, und von 1949 bis 1950 war er im Kabinett Diekmann stellvertretender Ministerpräsident. Seit 1953 übt er das Amt des Oppositionsführers aus. Seine besondere Liebe galt immer der Kommunalpolitik. Schon im Jahre 1921 wurde er Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneter. Die nationalsozialistischen Machthaber entfernten im Jahre 1933 den Kommunalbeamten und Sozialdemokraten Käber aus seinem Amt, aber sofort nach dem Zusammenbruch wurde er wieder Gemeindevertreter in der Gemeinde Lockstedter Lager und Mitglied des Kreistages des Landkreises Steinburg. Von 1951 bis 1953 war er Schriftleiter der kommunalen Monatsschrift "Die Demokratische Gemeinde". Seit vielen Jahren ist er Mitglied des Kommunalpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD. Die Landespolitik in Schleswig-Holstein trägt den Stempel seiner vielseitigen, auf das Wohl des Landes bedachten Wirksamkeit.

Was wird aus Albanien?

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Aus verständlichen nachbarlichen Gründen werden in Athen die Ereignisse um Albanien mit Sorgfalt beobachtet. De facto herrscht zwischen Griechenland und Albanien noch der Kriegszustand aus dem Jahre 1945. Auf der Friedenskonferenz von Paris 1946 wurden die griechischen Ansprüche hinsichtlich des Nordepirus (Südalbaniens) nicht erfüllt. Die ungelöste Frage wurde damals einer späteren Außenministerkonferenz der großen Vier anempfohlen - wobei es bis heute blieb. Vor der Gründung des Staates Albanien durch den Londoner Vertrag von 1913 war das umstrittene Gebiet ausschließlich von Griechen besiedelt, die auch jetzt noch den bevölkerungsmäßig stärksten Anteil stellen.

Wenig Hilfe aus Peking

Die aus diesen Fakten resultierenden Ressentiments ließen beide Staaten bisher auf einen diplomatischen Verkehr verzichten. Wenn Athen gleich Belgrad auch über keine direkte Verbindung zu Tirana verfügt, so veranlassen doch die Unmittelbarkeit der Probleme im kleinen Nachbarstaat für den gesamten Balkan die Griechen, alle Vorgänge in ihren Auswirkungen abzuwägen. Nach Meinungsdiplomatischer Kreise in Athen zeigt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien in aller Deutlichkeit, daß es Chruschtschow einfach nicht gelang, die Spannungen zwischen beiden Ländern, die seit Frühjahr 1960 publik wurden, beizulegen. Die Folgen sind zweifellos für Albanien tiefgreifend. Es ist zu erwarten, daß die Mitglieder des Warschauer Paktes alle dem Moskauer Beispiel folgen werden und das Land des 'abtrünnigen' Enver Hodscha durch wirtschaftliche Sanktion schwer in Verlegenheit bringen. Sicher, im Hintergrund steht der mächtige Inspizator Peking. Aber Peking ist weit, alle direkten Land- und Luftverbindungen abgeschnitten, und es ist fraglich, ob sich über den Seeweg ein reibungsloser Nachschub von China nach der Adria ankurbeln läßt, solange sich Peking noch "in der Periode des Aufbaus" befindet. Chruschtschows Bannstrahl bedeutete für ihn selber der Biß in einen sauren Apfel. Die Sowjetunion verliert nunmehr ihren einzigen freien Zugang zum Mittelmeer.

Wie Albanien entstand

Kenner des Landes sind sich darin einig, daß der Zwergstaat des Balkan noch für ungewisse Zeiten nicht aus eigener Kraft lebensfähig sein wird. Die 50 Jahre seines Bestehens waren nur möglich, indem die einflußreichen Großmächte des Mittelmeerraumes unter wechselnden Motiven Albanien unter ihre schützenden Fittiche nahmen - oder nicht. Eigentliche Gründungsursache war der Versuch der europäischen Diplomatie, auf diese Weise die entgegengesetzten Ansprüche der österreichisch-ungarischen Monarchie und Italiens zu befriedigen.

Italien spielte und spielt eine große Rolle im Leben der Skopos-
ran. Verschiedene Verträge sicherten ihm einen hintergründigen und un-
auffälligen Einfluß. 1939 wurde das Land als der italienischen Krone
zugehörig erklärt. Nach dem Kriege erhielten die Albanesen zunächst
die notwendige Unterstützung aus Belgrad, bis Tito sich durch seine
eigenwilligen Parteideen den Groll aller Stalinisten zuzog, und in
Albanien waren von je die Parolen Stalins Gesetz.

Blick nach Rom und Athen?

Die erwähnten Schwierigkeiten bei der Realisierung des Paktes
Peking - Tirana gebieten es den Albanesen, nach einem Modus Aussehen
zu halten, der ihre Existenz sichert und sie nicht den wirtschaftli-
chen Repressalien des Ostblocks hilflos ausliefert. Der erste Weg
führt nach Rom. Italien hatte nie die diplomatischen Beziehungen zu
Tirana abgebrochen und im November vergangenen Jahres war zwischen
beiden Staaten ein Handelsabkommen abgeschlossen worden, das eine
Steigerung des gegenseitigen Warenaustauschs um 50 % vorsieht. Wenn
dieses Abkommen auch nur eine beschränkte wirtschaftliche Bedeutung
hat, so hat sein symbolischer Charakter gerade zu diesem Zeitpunkt
besonderen Wert. Meldungen berichten von der Absicht Roms, den Druck
Moskaus auf Albanien auszugleichen durch eine westliche Hilfe durch
die Vermittlung Italiens. Italien steht nicht allein. Es hat den An-
schein, daß nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Mos-
kau der Westen zunächst behutsam, aber dennoch mit konkreten Vorschlä-
gen, seine Fühler ausstreckt. Die griechische Regierung ließ in ihrer
Regierungsankündigung vom 5. Dezember durchblicken, daß sie unter Um-
ständen bereit sei, die diplomatischen Beziehungen mit Albanien wieder
aufzunehmen.

Enver Hodscha befindet sich in keiner beneidenswerten Lage. Die
geographische Isolierung wird ihn vielleicht zu Zugeständnissen veran-
lassen, die seiner Überzeugung und seinem Naturell unangenehm sind.
Seine schonungslose Kampagne gegen die Person des sowjetischen Mini-
sterpräsidenten und seine Gleichgültigkeit gegenüber den Reaktionen
der sowjetisch gebundenen und moskautreuen Nachbarn im Norden-Osten,
läßt vermuten, daß er nicht billig zu haben sein wird.

* * *